

Internationaler Sozialistenkongress Stuttgart 1907

Nach 100 Jahren noch
aktuell: Debatten in
der
Arbeiterbewegung
über Migration,
Militarismus und
Krieg

Schwäbische Tagwacht.

Organ der Sozialdemokraten Württembergs. 513. bei überzähliger Geschäftszeit
für diese Welt.

Stuttgart
Samstag, 17. Juni 1907



von Wolfram Klein

Der Stuttgarter Sozialistenkongress 1907

Nach 100 Jahren noch aktuell: Debatten in der Arbeiterbewegung über Migration, Militarismus und Krieg

von Wolfram Klein

Vor hundert Jahren, im August 1907 fand der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart statt. 1889, zum hundertsten Jahrestag der Französischen Revolution, war in Paris die Zweite Internationale gegründet worden, der internationale Zusammenschluss sozialistischer Parteien. Alle paar Jahre hielt sie weitere Kongresse ab, 1907 zum ersten Mal in Deutschland.

In Texten zum 80. oder 90. Jahrestag des Kongresses wurde betont, wie aktuell die Debatten seien. Man gewinnt aber den Eindruck, dass heute die Debatten noch viel aktueller sind als vor 10 oder 20 Jahren.

1. Hintergrund

Der Kapitalismus war um 1900 in sein imperialistisches Stadium eingetreten. Imperialismus ist etwas anderes als Kolonialismus. Wirtschaftlich bedeutete er eine starke Zunahme von Großkonzernen und des Kapitalexports. Politisch bedeutete er, dass die Aufteilung der Welt in Kolonialreiche weitgehend abgeschlossen war und der Kampf um die Neuaufteilung begann. Der englische Burenkrieg 1899-1902 und der Krieg zwischen Russland und Japan 1904/5 machten das schlagartig deutlich: Jetzt ging es nicht mehr darum, dass europäische Truppen schlecht bewaffnete Stammeskrieger auf fernen Kontinenten niedermetzelten, sondern die Gefahr neuer Kriege der europäischen Großmächte stand auf der Tagesordnung.



Burenkrieg

Eine Folge davon war ein Wettrennen, das immer mehr Ressourcen auffraß und dazu führte, dass in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg z.B. in Deutschland trotz Wirtschaftsboom die Reallöhne sanken. Eine weitere Folge war, dass alle kapitalistischen Parteien auf die imperialistische Linie einschwenkten. Im 19. Jahrhundert hatte die Arbeiterbewegung mit Erfolg eine Taktik anwenden können, in der sie mit den fortschrittlichen, liberalen Teilen des Bürgertums gemeinsam für die Säuberung des Kapitalismus von feudalen Überbleibseln und für die Demokratisierung des bürgerlichen Staats kämpfen konnte. Jetzt saßen diese ehemaligen bürgerlichen Verbündeten im Lager des Imperialismus. Der rechte, reformistisch oder opportunistisch genannte Flügel der Arbeiterbewegung wollte diese Verbündeten nicht verlieren und lief ihnen faktisch nach rechts nach. Sie beschränkten sich auf einzelne Reformforderungen, stimmten in Parlamenten für den Haushalt, biederten sich ihren jeweiligen Königen oder Großherzögen an, um bei den bürgerlichen Parteien als seriöser Partner zu gelten. Der französische Opportunist Millerand war sogar in die Regierung eingetreten, was der vorige Sozialistenkongress in Amsterdam 1904 scharf verurteilt hatte.

Der linke revolutionäre, marxistische Flügel der Arbeiterbewegung kämpfte für den Einsatz neuer Kampfmethoden, vor allem der Massenstreiks, die durch die russische Revolution von 1905 in der Arbeiterbewegung breit diskutiert wurden.



Russische Revolution 1905

Dazwischen gab es einen Flügel, das „Zentrum“, das an der „alten, bewährten Taktik“ festhalten wollte, weder dem Opportunismus politische Zugeständnisse machen noch neue Kampfmethoden ernsthaft anwenden wollte. Da die reale Grundlage für diese Taktik verschwunden war, verloren sie langsam Anhänger nach rechts und links. Dieser Flügel war dadurch gekennzeichnet, dass er in Worten die alte revolutionäre Ausdrucksweise beibehielt, sich in der Praxis aber immer mehr den

Opportunisten annäherte. Da das ein langsamer Prozess war und sie ja gerade in Worten revolutionär blieben, wurde der Unterschied zwischen dem mittleren und linken Flügel auf dem Kongress noch wenig sichtbar. Bei den entscheidenden Auseinandersetzungen standen beide auf der gleichen Seite, was dazu führte, dass auf dem Kongress die Rechten niedergestimmt wurden und in den meisten Schlussabstimmungen die in Worten linken Resolutionen überwältigende Mehrheiten bekamen. Umso größer war dann die Kluft zur Praxis bis hin zum 4. August 1914, als die SPD-Reichstagsfraktion die Kongressbeschlüsse mit Füßen trat.

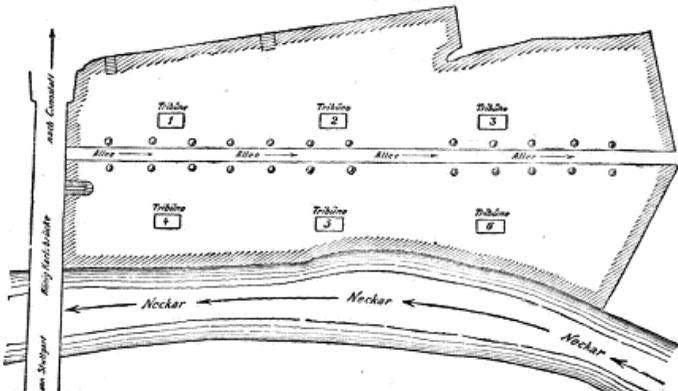
2. Großkundgebung auf dem Cannstatter Wasen

Am 18. August 1907 zur Eröffnung des Kongresses fand auf dem Cannstatter Wasen eine Großkundgebung statt. Die Angaben zu den Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 40-100.000. In einem Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“ (der Zeitung der

Grosses Meeting auf dem Volksfestplatz in Cannstatt

am Sonntag, 18. August, nachmittags 4 Uhr.

Situationsplan für die Aufstellung der Rednertribünen.



württembergischen Sozialdemokraten) wurden Parallelen zum Wartburgfest und Hambacher Fest im 19. Jahrhundert gezogen,

aber dabei natürlich der inhaltliche Unterschied betont. Dass der Autor so weit zurückgriff, lag daran, dass linke politische Massenkundgebungen unter freiem Himmel in Deutschland nach der Niederlage der 1848-Revolution nicht mehr stattgefunden hatten. Das machte den 18. August zu einem „in Deutschland unerhörten Schauspiel auf den grünen Neckarwiesen.“ („Schwäbische Tagwacht, 19. August 1907, „Ein Sommertagstraum“)

Aber es blieb nicht unerhört, sondern es wurde eine völlig neue Tradition geschaffen, eine Tradition, die sich schnell wie ein Flächenbrand verbreitete. 1910 folgten in Preußen die Massendemonstrationen für ein demokratisches Wahlrecht, in den folgenden Jahren bis 1914 bei jeder größeren weltpolitischen Krise Antikriegsdemonstrationen mit teils mehreren Hunderttausend TeilnehmerInnen. Und damit war diese Kampfmethod so verankert, dass sie auch durch Weltkriege und Faschismus nicht mehr auszurotten war. Wenn wir am 2. Juni in Rostock gegen den G8-Gipfel demonstriert haben, dann standen wir damit auch in der mit der durch die Massenkundgebung vom Cannstatter Wasen geschaffenen Tradition.

Natürlich ist es schade, dass auf dem Kongress nicht mehr von Massenstreiks die Rede war, aber dass die für Deutschland auch neue Methode der Massenkundgebung nicht nur diskutiert, sondern praktiziert wurde, war auch eine Menge wert. Übrigens waren auf dem Wasen keine uniformierten Polizisten und die Zivilpolizisten provozierten nicht à la Rostock. Es waren gerade mal 50 Polizisten in Reserve und auch in den Fesselballons über dem Platz schwebte nicht die Einsatzleitung der Polizei, wie die katholische „Kölnische Volkszeitung“ fantasierte, sondern es war Firmenwerbung. Dafür gab es einen guten Ordnerdienst von SPD und Gewerkschaften und so blieb es anders als in Rostock am 2. Juni völlig friedlich.

3. Kongressberatungen

Vor dem Kongress fand noch ein internationaler Frauenkongress, hinterher ein internationaler Jugendkongress statt. Dadurch wurde Stuttgart auch zum Geburtsort der Sozialistischen Fraueninternationale und der Sozialistischen Jugendinternationale. In beiden Organisationen spielten mit Clara Zetkin und Karl Liebknecht ausgewiesene VertreterInnen des revolutionären Parteiflügels die zentrale Rolle.

Es wurde in den damaligen zusammenfassenden Artikeln nach dem Kongress darauf hingewiesen, dass ausgerechnet auf dem ersten Sozialistenkongress in Deutschland die SPD keine politische Vorreiterrolle mehr spielte. Der damalige SPD-Cheftheoretiker Karl Kautsky erklärte das in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift „Die Neue Zeit“ mit dem Fortschritt in anderen Ländern. („Der Stuttgarter Kongreß“, 25. Jg. 1907, 2. Bd., S. 724-30, hier S. 725f.) Clara Zetkin schrieb dagegen in der „Gleichheit“, der Zeitschrift der proletarischen Frauenbewegung: Auf dem letzten Kongress 1904 in „Amsterdam siegte die grundsätzliche Auffassung des Sozialismus vorwiegend dank der deutschen Delegation und mit den Deutschen, in Stuttgart — vielfach gegen die Deutschen. In Amsterdam war es die Dresdner Resolution, die das revolutionäre Leitmotiv der Verhandlungen des proletarischen Weltparlamentes bildete, in Stuttgart waren die Reden Vollmars in der Militärkommission, Paeplows in der Einwanderungskommission, Davids in der Kolonialkommission peinliche opportunistische Misstöne des Kongresses. In den meisten Fragen und Kommissionen waren die Vertreter Deutschlands diesmal die Wortführer des Opportunismus.“ („Der internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart“, 2. September 1907)

Der Kongress war so organisiert, dass die Länder oft mehr Delegierte als Stimmen hatten, z.B. die Deutschen 300 Delegierte, aber nur 20 Stimmen.

Da aber die deutsche Delegation zur Hälfte aus Gewerkschaftsfunktionären bestand, die damals rechts von der SPD standen,

hatten die Gewerkschaftsdelegierten plus die rechten SPD-Delegierten eine Mehrheit. Da die deutsche Delegation anders als andere nicht ihre Stimmen proportional zu den internen Mehrheitsverhältnissen aufteilte, gingen dann alle 20 Stimmen an die opportunistischen Anträge.

Es kam sogar vor, dass ein Delegationssprecher gegen den Willen der großen Mehrheit zu stimmen versuchte.

Bei der Schlussabstimmung über die Kolonialresolution (siehe unten) wollte der opportunistische Delegierte David für die Deutschen mit Nein stimmen – es wäre das einzige Nein gewesen, selbst die Niederlande enthielten sich. „Dagegen erhebt sich lebhafter Protest. Singer lässt darauf die deutsche Delegation abstimmen und diese entscheidet sich mit großer Mehrheit für Ja.“ („Schwäbische Tagwacht“, 23.8.1907, S. 6)

Bei 900 Delegierten, die zahlreiche Sprachen sprachen, wurden die Themen in Kommissionen vordiskutiert. Die Reihenfolge der Behandlung im Plenum richtete sich danach, wie schnell die Kommissionen fertig wurden. Die erste Debatte war über den Kolonialismus, dann folgten Frauenwahlrecht, Partei und Gewerkschaften, Einwanderung und Militarismus.

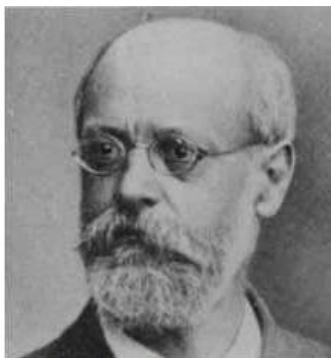
4. Kolonialdebatte

In der Kolonialkommission liefen eine Debatte und eine Scheindebatte durcheinander. Auf dem linken Flügel waren die grundsätzlichen Gegner der Kolonialpolitik. Die Opportunisten warfen ihnen vor, durch ihre grundsätzliche Gegnerschaft keine positiven Verbesserungen bewirken zu können und dadurch die ArbeiterInnen und die Kolonialvölker im Stich zu lassen. Kurz gesagt: sie redeten wie die Befürworter von PDS-Regierungsbeteiligungen, wie z.B. Lafontaine im Berliner Wahlkampf. Aber natürlich hinderte die grundsätzliche Op-



H. van Kol

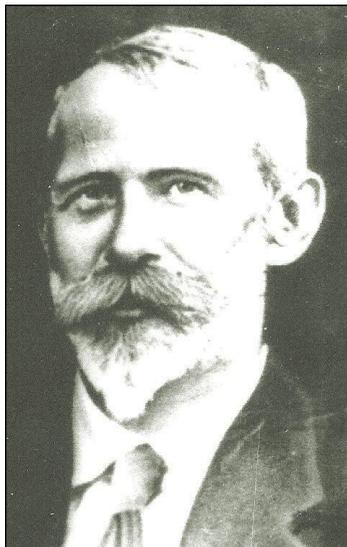
position nicht daran, Einzelfragen in Parlament und Presse bekanntzumachen und politischen Druck zu erzeugen etc. Die wirkliche Debatte ging darum, ob eine sozialistische Kolonialpolitik möglich und notwendig sei. Die Opportunisten meinten, dass jedes Volk den Kapitalismus durchlaufen müsse, dass die Kolonialvölker mit modernen Maschinen nichts anfangen könnten, dass sie solche Maschinen höchstens als Götzen verehren würden und wenn man Bedienungspersonal für die Maschinen mitschicken würde, würden die aufgefressen werden; also müsse man auch Kolonialsoldaten schicken, die diese Fachleute beschützen. Das ist keine Übertreibung. Der niederländische Opportunist van Kol hat in seiner Polemik gegen Kautsky Witze darüber gemacht, wen von ihnen die „Eingeborenen“ lieber fressen würden – und er berief sich ständig auf seine Kenntnisse aus erster Hand auf Java, wo es immerhin eine Jahrtausende alte Kultur gibt. Und dieser widerliche Rassist wurde nicht aus der Arbeiterbewegung hinausgeschmissen, sondern zum offiziellen Berichterstatter der Kolonialkommission im Kongressplenum ernannt. Immerhin hat dann das Plenum, auch weil Kautsky sein ganzes Prestige als Cheftheoretiker in die Waage warf, gegen die „sozialistische Kolonialpolitik“ gestimmt.



Karl Kautsky

Kautsky brachte im Wesentlichen zwei Gegenargumente: „Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, dass niedrig stehende Völker der Zivilisation, die ihnen die Höherstehenden bringen, feindlich gegenüber treten. Alle Erfahrung zeigt im Gegenteil, dass da, wo man den Wilden freundlich entgegen kommt, sie alle Hilfsmittel der höheren Zivilisation gern annehmen. Kommt man aber, um sie zu unterdrücken, zu unterjochen, sollen sie unter Bevormundung selbst eines wohlwollenden Despotismus gebracht werden, so werden sie misstrauisch, dann verwerfen sie mit der Fremdherrschaft auch die

fremde Kultur, dann kommt es zu Kampf und Verwüstung. So sehen wir, dass überall, wo Kolonialpolitik besteht, es nicht zur Hebung, sondern zur Degradierung der Völker kommt. Auch ein sozialistisches Regime könnte daran nichts ändern, es müsste ebenfalls die Kolonien als Fremdkörper betrachten und müsste dort eine Fremdherrschaft errichten. Wenn wir zivilisatorisch wirken wollen auf die Naturvölker, so ist die erste Notwendigkeit, dass wir ihr Vertrauen gewinnen und dies gewinnen wir dadurch, dass wir ihnen die Freiheit geben.“



Julian Marchlewski (Karski)

Sein zweites Argument war sehr defensiv: die „sozialistische Kolonialpolitik“ sei ein ganz neuer Gedanke, den man erst mal in Ruhe diskutieren müsse und sich nicht überstürzt zu eigen machen solle.

Natürlich dürfte heute nicht mal George Bush so primitiv rassistisch reden wie van Kol und die vom US-Imperialismus versklavten Völker als nackt herumlaufende Menschenfresser darstellen, aber die ganze Diskussion der letzten Jahre über „gescheiterte Staaten“ (failed states) etc., denen man mit Gewalt von außen Zivilisation bringen müsse belebt den Unsinn von damals wieder. Und wenn man z.B. Stellungnahmen der Grünen zur Bundeswehr in Afghanistan betrachtet, dann spukt der Ungeist der damaligen Opportunisten wieder ganz kräftig.



Henk Sneevliet

Kautskys Argumente waren dem natürlich himmelhoch überlegen – und trotz-

dem war seine Argumentation mit „niedrig stehenden Völkern“, „Wilden“ und „Naturvölkern“ schlimm genug. Der polnische Delegierte Karski (eigentlich Julian Marchlewski) und langjährige Mitstreiter von Rosa Luxemburg ging als einziger einen Schritt weiter, indem er sagte: „Ich meine, es ziemt Sozialisten wohl auch, eine andere Kultur als nur die kapitalistische und europäische anzuerkennen. Wir haben gar keinen Grund, mit unserer so genannten Kultur derart zu protzen und sie den asiatischen Völkern mit ihren veralteten Kulturen unbedingt aufzudrängen. (Bravo!) David meinte, die Kolonien würden in die Barbarei zurücksinken, wenn man sie sich selbst überließe. Das scheint mir z.B. für Indien sehr fraglich.“

Oft wird zu Recht kritisiert, dass viele Linke in den letzten Jahrzehnten gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ zu unkritisch waren. Aber selbst diese Exzesse waren ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den Diskussionen vor dem Ersten Weltkrieg, in denen die Menschen in den Kolonien nur als Objekte der Beglückung und nicht als Subjekte auftauchten

Van Kol hat sich gerühmt, wie viel die Opportunisten mit ihrer „positiven Politik“ für die „Eingeborenen“ in Niederländisch-Indien, dem heutigen Indonesien tun würden. Es war aber nicht der opportunistische, sondern der revolutionäre Flügel der niederländischen Arbeiterbewegung, der es schaffte, die indonesische Bevölkerung zu organisieren. Sie gründeten 1914 die Indonesische Sozialdemokratische Assoziation, die sich 1920 in Kommunistische Partei Indonesiens umbenannte. Maßgeblich beteiligt daran war Henk Sneevliet, der in den 20er Jahren unter dem Decknamen Maring ein führender Funktionär der Kommunistischen Internationale wurde und sich dann in den 30er Jahren dem Trotzismus zuwandte.

5. Debatte über das Frauenwahlrecht

Die Hauptkontroverse in der Kommission betraf den eben beendeten österreichischen Wahlrechtskampf. Dort hatte die Arbeiterbewegung ein allgemeines Männerwahlrecht durchgekämpft, aber die Forderung des Frauenwahlrechts in der Kampagne nicht aufgestellt. Clara Zetkin und andere kritisierten das. Wenn im Parlament eine Wahlrechtsverbesserung zur Abstimmung stand, musste man für sie stimmen, falls sie sonst keine Mehrheit bekäme, auch wenn sie kein Frauenwahlrecht beinhaltete. Aber auf der Straße nicht dafür zu kämpfen, war falsch.

Dahinter steckt die grundlegende Frage, wie MarxistInnen Kampagnenforderungen aufstellen: Stellen wir Forderungen auf, von denen wir hoffen, dass sie für die Herrschenden annehmbar sind, oder stellen wir Forderungen auf, mit denen wir eine möglichst starke Bewegung aufbauen und damit möglichst viel Druck ausüben können. Das ist eine Frage, vor der wir



Clara Zetkin

immer wieder stehen, z.B. beim Kampf gegen die Studiengebühren vor anderthalb Jahren. Als im Herbst 2005 die baden-württembergische Landesregierung ihren Gesetzentwurf vorlegte, meinten manche StudierendenaktivistInnen, man solle nur noch konkrete Änderungen am Gesetzentwurf machen, aber keine grundlegende Opposition mehr. Das hätte die Bewegung empfindlich geschwächt.

Im Plenum des Kongresses 1907 gab es dann die zusätzliche Kontroverse, ob man auch ein „Damenwahlrecht“ unterstützen könne, also eine Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen der herrschenden Klasse, wie es Teile der bürgerlichen Frauenbewegung forderten. Die überwältigende Mehrheit lehnte das ab.

6. Debatte über Partei und Gewerkschaften

In dieser Debatte lehnte die große Mehrheit die politische Neutralität der Gewerkschaften ab. Gewerkschaften und Partei hätten verschiedene Aufgabenfelder und bräuchten daher Eigenständigkeit, müssten aber auf das gleiche Ziel hinarbeiten. Diese Debatte blieb aber sehr unkonkret.

7. Einwanderungsdebatte

Delegierte aus Australien und den USA forderten eine Beschränkung der Einwanderung, speziell aus China und Japan. Begründet wurde das mit dem rassistischen Argument, dass sie zur gewerkschaftlichen Organisierung unfähig und deshalb Lohndrücker und objektiv Streikbrecher seien. Die Mehrheit war eindeutig gegen gesetzliche Einwanderungsbeschränkungen und für die gewerkschaftliche Organisierung der eingewanderten Arbeiter. Sie stellte eine ganze Reihe konkreter Forderungen auf, von denen die meisten heute noch brauchbar sind:

„Für das Land der Einwanderung:

- 1. Verbot der Einfuhr von denjenigen Arbeitern, welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft und über ihre Löhne nimmt;*
- 2. Gesetzlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstags, Einführung eines Minimallohnsatzes, Verbot des Sweetingsystems und Regelung der Heimarbeit, strenge Aufsicht auf die Sanitäts- und Wohnverhältnisse;*
- 3. Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen von der Ansiedelung ausschließen oder sie ihnen erschweren (...)*
- 4. Erleichterung des Eintritts Fremder in die Gewerkschaften des Landes und regste Agitation unter den Eingewanderten zum Eintritt in die Gewerkschaften.*

5. Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen derjenigen Länder, aus welchen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert.

II. Für das Auswanderungsland:

1. Regste gewerkschaftliche Agitation.

2. Belehrung der Arbeiter und der Öffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungsländern.

3. Reges Einvernehmen der Gewerkschaften mit denen des Einwanderungslandes behufs gemeinsamen Vorgehens in den Fragen der Aus- und Einwanderung.

4. Überwachung der Schiffsagenturen und Auswanderungsbüros, eventuell gesetzliche oder administrative Maßnahmen gegen diese, um zu verhindern, dass die Auswanderung für das Interesse kapitalistischer Transportunternehmungen missbraucht werde.

III. Neuregelung des Transportwesens, insbesondere auf Schiffen. Überwachung der Bestimmungen durch Inspektoren mit diskretionärer Gewalt, welche aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Einwanderungs-, sowie des Auswanderungslandes zu bestellen sind. Vorsorge für die neu angekommenen Einwanderer, damit sie nicht von vornherein der Ausbeutung durch Kneipenwirte und anderer Schmarotzer des Kapitalismus einheimfallen.“

Es ist offensichtlich, dass diese Kontroverse durch die EU-Osterweiterung etc. wieder hoch aktuell geworden ist. Als Lafontaine in seiner Chemnitzer „Fremdarbeiter“-Rede vor zwei Jahren für die staatliche Beschränkung der Zuwanderung eintrat, statt für gleiche Rechte und gewerkschaftliche Organisierung der Zugewanderten, stellte er sich hingegen in die Tradition der US- und australischen Dele-



Morris Hillquit

gierten. Wenn Jürgen Elsässer bis heute diese Rede feiert und nur den Begriff „Fremdarbeiter“ darin kritisiert (siehe „Angriff der Heuschrecken“, 2007, S. 109) dann steht das in der gleichen Tradition. Hingegen können wir heute die meisten Forderungen der Kongressmehrheit übernehmen, sie müssten vor allem um eine Forderung nach Tarifverträgen für und gewerkschaftlicher Organisierung von Scheinselbständigen (unabhängig von ihrer Nationalität) ergänzt



Edouard Vaillant

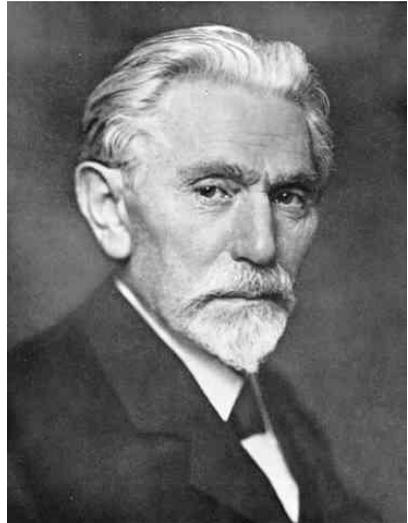
werden. Was wir praktisch tun können, das hat die GAMA-Kampagne der Socialist Party, der irischen Schwesterorganisation der SAV, gezeigt: Der türkische GAMA-Konzern beschäftigte türkische KollegInnen zu Hungerlöhnen auf irischen Baustellen. Die Socialist Part half ihnen bei der Organisierung, unterstützte ihren Streik, mobilisierte politischen Druck und zwang den Konzern, vorenthaltene Löhne nachzuzahlen.

Damals stellte die Debatte auch insofern einen der positiveren Aspekte des Kongresses dar, weil der US-Delegierte Hillquit versprach, sie würden ihre Politik in den USA gemäß dem Beschluss ändern. Dass die Kongressbeschlüsse für die einzelnen Mitgliedsparteien verbindlich seien, war in der Zweiten Internationale nämlich keineswegs klar - und in der Frage, in der das am wichtigsten gewesen wäre, wurde das am wenigsten befolgt, nämlich bei der Resolution zu Militarismus und der internationale Lage.

8. Militarismus und die internationale Lage

Es lag ein Antrag von Bebel vor, der den Militarismus ablehnte, aber sich auf die konkreten Kampfformen gegen ihn nicht festlegen wollte.

Es gab drei französische Anträge: Hervé wollte die Internationale für den Kriegsfall auf Militärstreik und Aufstand verpflichten. Guesde & Co wollten keine antimilitaristische Arbeit, vor allem aus Angst, dass sie im Stil von Hervé ablaufen würde. Die französische Mehrheit um Edouard Vaillant und Jean Jaurès wollte eine konkretere Resolution als Bebel („von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand“), aber nicht à la Hervé.



August Bebel



Gustave Hervé

Die Diskussion litt darunter, dass verschiedene Probleme durcheinander liefen.

Erstens war es tatsächlich unseriös, sich auf konkrete Maßnahmen zu verpflichten. Im August 1914 setzten die Herrschenden eine solche chauvinistische Welle in Gang, dass Massendemonstrationen, Streiks etc. gegen den Krieg tatsächlich eine Zeitlang Abenteuerium gewesen wäre. Natürlich hätte man

trotzdem in Presse, Parlament weiter Agitation betreiben, Kriegskredite ablehnen müssen etc.

Zweitens war es bei den reaktionären Verhältnissen in Deutschland tatsächlich schwierig, alles in schriftlichen Beschlüssen deutlich zu sagen. Von den Verhältnissen selbst im liberalen Württemberg bekam der Kongress eine Kostprobe, als die württembergische Regierung den englischen Delegierten Quelch ausweisen ließ, weil er den gleichzeitig stattfindenden G8-Gipfel ... pardon den Haager „Friedenskongress“ der Staats- und Regierungschef als „Abendgesellschaft von Dieben“ bezeichnete. Er versicherte, das sei ein in der englischen Arbeiterbewegung gängiger Ausdruck für Treffen der Vertreter der herrschenden Klasse, aber das genügte der Regierung nicht. In einem der Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“ („Die historische Stuttgarter Woche“, 26. .8. 1907) wird erwähnt, dass es organisatorische Vorbereitungen gab, den Kongress notfalls in die Schweiz zu verlagern, falls die Repression zu groß würde.



Georg v. Vollmar

Die „Schwäbische Tagwacht“ kommentierte: „Wir wollten der Welt zeigen, dass Deutschland nicht, oder doch nicht ganz der bornierte rückständige Polizeistaat ist, als den man es in ausländischen Zeitungen aller Parteirichtungen zu beschreiben pflegt. Dieses Experiment ist missglückt, der Schwabe hat sich gekratzt und der Preuße ist zum Vorschein gekommen! Nichts weiter als ein ärgerlicher Zwischenfall – aber freilich, er beweist, dass der

verwegene Gedanke, auch der deutsche Proletarier, auch der deutsche Sozialdemokrat könnte ein Stückchen Vaterland haben und eine Anwendung patriotischen Stolzes empfinden, bloß eine lächerliche Illusion ist.“ („Weltblamage im Kleinen“, 24. 8. 1907)

Drittens war es tatsächlich so, dass bei vielen Gegnern konkreter Verpflichtungen das wirkliche Motiv Opportunismus war. Der SPD-Opportunist Vollmar sagte sogar, „dass für uns Deutsche die ganze Liebkechtsche Propaganda, seit das Reichsgericht

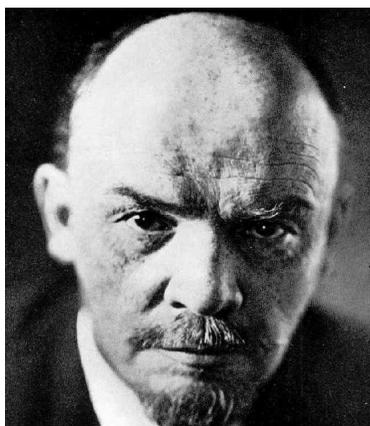
die Anklage gegen ihn beschlossen hat, aus der öffentlichen Diskussion ausscheidet.“ (Schwäbische Tagwacht, 21. 8. 1907, S. 7) Karl Liebknecht trat in seinem Buch „Militarismus und Antimilitarismus...“ für eine antimilitaristische Erziehung der Jugend ein, bevor die jungen Männer ihren Wehrdienst ableisteten. Vollmar machte sich so die Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft zu eigen, dass eine derartige Agitation in Deutschland illegal sei, statt Liebknecht zu verteidigen oder wenigstens den Mund zu halten und fiel Liebknecht so in den Rücken. Zum Ausgleich meldete er sich zwei Tage später in einer persönlichen Erklärung erneut zu Wort und leugnete, den Namen Liebknecht überhaupt erwähnt zu haben. (Schwäbische Tagwacht, 23. 8. 1907, 3. Blatt)



Rosa Luxemburg

Andere deutsche Delegierte versuchten den Schaden wieder auszubügeln, indem sie versicherten, sich auf keine Maßnahmen festzulegen bedeute auch, keine auszuschließen. Schließlich fand die Kommission eine Kompromissformel, in der die Resolutionen von Bebel, der französischen Mehrheit und ein Änderungsantrag von Luxemburg, Lenin und Martow miteinander verbunden wurden.“

Sie übernahm zwar weiterhin keine konkreten Verpflichtungen, zählte aber Antikriegsproteste auf bis hin zu den „heldenhafte[n] Opfer[n] und Massenkämpfe[n] der sozialistischen Arbeiter und Bauern Russlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Kriege zu widersetzen, ihm ein Ende zu machen und die Krise zur Befreiung des Landes und der arbeitenden Klassen auszunützen.“ Dem folgte die berühmt gewordene Formel: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertreter in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Sozialistischen Büros alles aufzubieten, um



Wladimir I. Lenin

durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich ja nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des

Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Hervé war über den Text so begeistert, dass er erklärte, dem mit beiden Händen zustimmen zu können. Bei der Abstimmung stieg er dann auf den Tisch, damit es alle sehen konnten. Er beklagte sich davor nur, dass die Plenardebatte zu dem Thema gestrichen wurde, weil der Text in einem solchen Gegensatz zu den vorherigen deutschen Äußerungen stehe, dass er ein Bekenntnis in Worten und nicht nur durch Handaufheben dazu wolle. Was Vollmar betrifft, hatte er zweifellos Recht. Es ist bekannt, dass 1914 nicht nur Vollmar, sondern die übergroße Mehrheit der Leute, die am 24. 8. 1907 einstimmig für die Resolution stimmten, das Gegenteil machten, auch Hervé selbst.

War es im Nachhinein ein Fehler, auf konkrete Verpflichtungen in der Resolution zu verzichten? Erstens haben die Delegierten die konkrete Verpflichtung, „mit allen Kräften die Rüstungen zu Lande



Julius O. Martow

und zu Wasser zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern“, 1914 auch gebrochen. Zweitens stimmt es zwar leider, dass nur eine kleine Minderheit der Delegierten, die 1907 konkrete Verpflichtungen ablehnte, dem Beschluss treu geblieben ist. Aber von denen, die ursprünglich für konkrete Verpflichtungen waren, ist die Bilanz auch nicht besser. Dass die Sozialdemokratie fast aller Länder 1914 ihre Regierungen im Krieg unterstützte hatte tiefgehende Ursachen. Es benötigte mehr als Resolutionen, um dem entgegenzusteuern.

9. Lehren

Die Linken, die den Beschlüssen von Stuttgart, die auf den folgenden Kongressen in Kopenhagen und Basel bekräftigt worden waren, treu geblieben waren, zogen die Schlussfolgerung, dass eine neue Internationale notwendig sei. In einer von Rosa Luxemburg verfassten Resolution hieß es 1916: „Im Unterschied von der am 4. August 1914 aufgelösten Internationale, die bloße äußere Instanz war und deren Existenz nur im losen Zusammenschluss kleiner Gruppen von Partei- und Gewerkschaftsführern bestand, muss die neue Internationale, um eine wirkliche politische Macht zu sein, in der Gesinnung, der Aktionsfähigkeit und der täglichen Praxis der beitesten proletarischen Massen wurzeln.“ Der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und anderen gegründete Spartakusbund stellte seinen illegalen Flugblättern als Motto folgende Leitsätze voran: „3. In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats ... 4. die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen andern Organisationspflichten voran.“ 1919 wurde die Dritte, die Kommunistische Internationale gegründet als ein Versuch, diese Lehren aus dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale in die Tat umzusetzen. Dieser Versuch scheiterte durch die Entstehung des Stalinismus (auf den hier nicht eingegangen werden kann, den die SAV aber in vielen anderen Texten diskutiert hat), der die

Kommunistische Internationale in ein bürokratisches Hilfsmittel der Außenpolitik der Sowjetunion verwandelte.

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (Committee for a Workers' International, CWI), das ganz im Sinne der oben zitierten Leitsätze nicht bloß ein loser Zusammenschluss von nationalen Organisationen, sondern eine wirkliche, lebendige internationale Organisation ist. Natürlich sind wir noch weit davon entfernt, „in den breitesten proletarischen Massen zu wurzeln“. Aber wir sind fest überzeugt, dass eine solche Masseninternationale unverzichtbar ist, um mit dem globalisierten Kapitalismus und seinen Schrecken Schluss zu machen. Sie wird nicht einfach durch ein lineares Wachstum des CWI entstehen. Neue Organisationen und Abspaltungen von bestehenden Organisationen werden entstehen und sich durch ihre Erfahrungen mit den vom Kapitalismus hervorgerufenen Katastrophen radikalieren. So wird das CWI nur eine der Quellen sein, aus denen eine neue Masseninternationale entstehen wird. Aber wir sind ebenso überzeugt, dass der Aufbau der SAV und des CWI gegenwärtig der beste Beitrag ist, um diesem Ziel näher zu kommen.

Der Autor, Wolfram Klein, ist Mitglied der SAV Stuttgart und arbeitet an einer Dissertation zur Geschichte des Trotzismus



***Weitere Infos über die SAV,
Sozialistische Alternative, finden
sich unter www.sozialismus.info
oder gibt es bei der SAV, Littenstr.
106 / 107, 10179 Berlin,
Telefon 030 / 247 238 02***